

Leitkultur versus Multikultur

Harald Lofink

Ein Begriff hat Karriere gemacht: *Multikultur*. Und dies sowohl im wissenschaftlichen Diskurs wie in der Alltagssprache. Allerdings ist sein Gebrauch höchst unterschiedlich. Für die einen stellt er eine soziale Tatsache, eine gegebene und unverrückbare Realität (post-) moderner Gesellschaften dar. Für andere wiederum ist er der Inbegriff für kulturelle Überfremdung, für die Bedrohung der eigenen nationalen beziehungsweise kulturellen Identität.

Angesichts von Zuwanderung durch Arbeits- oder Fluchtmigration verbinden die einen mit ihm die Integrationschance nach dem Motto Einheit in Vielfalt, während andere die Eingliederung der Zugewanderten mit dem Ziel der Assimilation meinen und Multikultur weder als gegeben noch als erstrebenswertes Ziel proklamieren. Und hier kommt ein zweiter Begriff ins Spiel, der ebenfalls seit geraumer Zeit den politischen, wissenschaftlichen und Alltagsdiskurs in Bezug auf die Integration von Immigranten prägt: *Leitkultur*. Wer sich ihr anpasst, signalisiert der Begriff, gehört dazu. Besonders im Umgang mit dem Islam scheint der Begriff in den Blickpunkt zu rücken: Kopftuchverbot, Ausweisung Metin Kaplans, Einführung eines islamischen Feiertags in Deutschland. Dies sind nur einige Aspekte, die im Kontext der Diskussion um Leitkultur in das öffentliche Interesse rückten.

Axel Schulte, Professor am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover, äußert sich hierzu wie folgt: „Die Phänomene und Tendenzen einer Pluralisierung der Kultur bzw. Multikulturalität und Multi-Ethnizität, die sich im Zusammenhang mit den Zuwanderungsprozessen innerhalb der westeuropäischen Einwanderungsgesellschaften entwickelt haben, kommen in der Bundesrepublik z.B. in der Erweiterung des religiösen Spektrums und in der vor allem in bestimmten Stadtteilen und Schulen bestehenden sprachlichen und kulturellen Vielfalt zum Ausdruck. Von daher werden diese Phänomene zu Recht als eine Normalität moderner Stadtgesellschaften bezeichnet, allerdings gehen sie zugleich mit erheblichen Herausforderungen für das gesellschaftliche Zusammenleben einher.“ (Schulte, Axel: *Multikulturelle Einwanderungsgesellschaften*. In Behr, Hartmut/Schmidt, Siegmund (Hg.): *Multikulturelle Demokratie im Vergleich*. Wiesbaden 2001, S. 158)

Auch deshalb der Streit um Multikultur oder Leitkultur. Kultur, in beiden Wortschöpfungen enthalten, bildet damit den zentralen Focus. In der Literatur gibt es zahllose Kulturbegriffe; eine allgemein anerkannte Definition fehlt bisher.

Kultur lässt sich zunächst als die ‚Gesamtheit der kollektiven Deutungsmuster einer Lebenswelt‘ umschreiben, ergänzt um die Art, wie soziale Beziehungen einer Gruppe strukturiert und geformt sind. Hierzu gehört aber auch die Gesamtheit des von den Menschen Hervorgebrachten, worunter zum einen physische Erzeugnisse (u.a. Bauwerke, Kunstobjekte, Werkzeuge) zählen wie auch die durch seine Eingriffe erzeugten Veränderungen der Natur und schließlich seine geistigen Hervorbringungen wie Schrift und Kunst.

Folgt man Norbert Elias, so hat Kultur zudem etwas Prozesshaftes, ist ein sich ständig wandelndes und veränderndes Wertesystem. (Elias, Norbert: *Über den Prozess der Zivilisation*, Amsterdam 1997).

Bei der Verwendung des Kulturbegriffs in der erweiterten Form als Multikultur beziehungsweise Leitkultur wird eine deutliche politische Akzentuierung vorgenommen. Um dies zu vermeiden, sprechen Autoren wie Georg Auernheimer von *kulturellen Orientierungen*. (Auernheimer, Georg: *Notizen zum Kulturbegriff unter dem Aspekt der interkulturellen Bildung*. In: Gemende, Marion u.a. (Hg.): *Zwischen den Kulturen*, Weinheim 1999) Kultur gilt demnach als ein Orientierungssystem, das unser Wahrnehmen, Bewerten und Handeln steuert. Dabei wird Kultur verstanden als eine Arena, in der Werte, Normen, Denkmuster von kulturellen Akteuren ständig neu ‚verhandelt‘ werden.

Eine solche Auffassung von Kultur richtet sich gegen alle Ansätze, die Kultur als ‚Struktur‘ oder ‚System‘ konzipieren, also als ein mehr oder weniger geschlossenes statisches Gebilde, was auf die Festschreibung des Andersseins hinausläuft – mit der problematischen Konsequenz der Ausgrenzung.

Die Auseinandersetzung um Multikultur oder Leitkultur muss im Kontext politischer Ethik gesehen werden. Im Kern geht es um die Frage, welche Basisregeln des Zusammenlebens als verbindlich erachtet werden sollen (z.B. Gleichheit von Mann und Frau). Dabei lassen sich im Wesentlichen vier Positionen unterscheiden: Kulturrelativismus, politischer Relativismus, umfassender Relativismus und deliberativer Universalismus. Beim Kulturrelativismus gibt es keine universalen ethischen Maßstäbe jenseits konkreter Gruppen und Gemeinschaften und damit bleibt nur der pluralistische Konsens. Gemäß der diskursethischen Position des politischen Relativismus ist die Suche nach allgemeingültigen Regeln und Prinzipien auf der Basis eines demokratisch und dialogisch geregelten Diskursverfahrens erforderlich. Der umfassende Universalismus geht hingegen von einem Kanon universaler Gerechtigkeitsprinzipien aus, deren Erkennen allen vernunftbegabten Wesen möglich ist. Der deliberative Universalismus verbindet schließlich Elemente der zuvor genannten Positionen und fordert so zum einen das Festhalten am universalen Geltungsanspruch fundamentaler Grundrechte bei gleichzeitiger Institutionalisierung diskursiver Klärungsverfahren bei zunächst unentscheidbaren Dilemmata.

Wenn die zur Verfügung stehenden Kulturmuster nicht mehr statisch, fassbar, vermittelbar und vor allem zuverlässig eingesetzt werden können, wird nachvollziehbar, weshalb für die einen Multikultur als Zustand, Weg und Ziel zugleich gilt. Und ersichtlich ist auch, dass die anderen eine verlässliche Leitkultur proklamieren. Beide Positionen verstehen sich dabei in Diensten einer gelingenden Integration der Immigranten. Was dabei konkret unter Integration verstanden wird, bleibt häufig unklar oder wird beliebig beziehungsweise interessenabhängig aufgefüllt. Vermeidbar ist dies, wenn der Integrationsbegriff differenziert gebraucht wird und zwar unterteilt in ‚strukturelle Integration‘ (Kriterium Gleichberechtigung), ‚kulturelle Integration‘ (Kriterium Partizipation), ‚soziale Integration‘ (Kriterium Anerkennung und Respekt), ‚identifikatorische Integration‘ (Kriterium Identität).

Die aktuellen Positionen bezüglich Multikultur und Leitkultur stehen sich im politischen Diskurs angereichert durch die Patriotismusdebatte scheinbar unversöhnlich gegenüber, was nachfolgend dokumentiert wird. Ausgangspunkt war die Forderung des ehemaligen Fraktionschefs der Christdemokraten, Friedrich Merz, Zuwanderer sollten sich an die Spielregeln des Zusammenlebens in Deutschland halten. Diese Regeln bezeichnete er als die „freiheitliche deutsche Leitkultur“ und erläuterte: „Das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern ist trotz Rückschlägen in vielen Teilen problemlos, ja selbstverständlich. Doch entstehen auch Probleme dort, wo beispielsweise Deutsche in ihrer Stadt in die Minderheit geraten und um die eigene Identität bangen (...) Das Grundgesetz ist (...) wichtigster Ausdruck unserer Werteordnung und so Teil der deutschen kulturellen Identität, die den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft erst möglich macht. (...)“

Zur Identität unserer Freiheitsordnung gehört die in Jahren und Jahrzehnten erkämpfte Stellung der Frau in unserer Gesellschaft. Sie muss auch von denen akzeptiert werden, die ganz überwiegend aus religiösen Gründen ein ganz anderes Verständnis mitbringen. Wir können und dürfen auch im Hinblick auf den Religionsunterricht und vieles andere die Entstehung von Parallelgesellschaften nicht dulden. (...)

Eine erfolgreiche Einwanderungs- und Integrationspolitik muss darüber hinaus darauf bestehen, dass die deutsche Sprache verstanden und gesprochen wird. Dies ist nicht nationaler Sprachchauvinismus, sondern Grundvoraussetzung eines friedlichen Miteinanders in unserem Land, es ist die kulturelle Basis auch dann, wenn das Grundgesetz dazu schweigt.“

Kontroverse Positionen I: Leitkultur als Grundkonsens

Annäherung an die Leitkultur

Bayerns Innenminister Günter Beckstein äußerte sich bereits 1999 in der Zeitschrift für KulturAustausch wie folgt: „Unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger haben beachtliche Beiträge zur ökonomischen wie kulturellen Entwicklung Deutschlands geleistet. Deshalb möchte ich klar feststellen: Ich sehe Ausländer als Bereicherung an. (...) Wir dürfen allerdings nicht übersehen, dass die Bundesrepublik mit einem Ausländeranteil von rund 9 Prozent einen Spitzenplatz in Europa einnimmt. Sehr viele der etwa 7,3 Millionen ausländischen Mitbürger gehören fremden Kulturkreisen an. Im täglichen Zusammenleben können hieraus erhebliche Probleme resultieren. (...)“

Auch in Schulen wird das Problem teilweise in dramatischer Form deutlich. In manchen Hauptschulklassen liegt der Ausländeranteil bei 80 Prozent, wobei die Schüler teilweise über nur sehr geringe Deutschkenntnisse verfügen. Die Ausländerbeauftragte von Berlin hat bei einem Workshop in München von zwei Schulen in Berlin berichtet, die infolge der Getto-Bildung keinen einzigen Schüler mehr aufweisen, der Deutsch als Muttersprache spricht. Die einzelnen Problemfelder bestärken mich in meiner festen Überzeugung, dass wir multikulturellen Ideologien eine klare Absage erteilen müssen. Mit dem Begriff „multikulturell“ wird meist die Vorstellung verknüpft, dass verschiedene ausländische Kulturen gleichberechtigt neben der deutschen stehen und, ausgestattet mit Schutz- und Förderansprüchen, als Teil unserer Nationalkultur anerkannt werden. Dies läuft auf die Bildung eines „offiziellen Vielvölkerstaates“ hinaus, der die Belange der deutschen Mehrheitsbevölkerung in nicht akzeptabler Weise vernachlässigt.

sigt. Folgen wären letztlich eine Preisgabe der Nation als Rechts- und Schicksalsgemeinschaft, ein Verlust an Identität und Zusammengehörigkeitsgefühl, ein beliebiges Nebeneinander statt des notwendigen Miteinanders und die Entwicklung in sich abgeschotteter Parallelgesellschaften. (...)

Entscheidende Voraussetzung für ein gedeihliches und friedliches Miteinander ist, dass wir eine echte Integration unserer ausländischen Mitbürger erreichen. Echte Integration verlangt zunächst erhebliche Eigenleistungen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist ein erster entscheidender Schritt. Hinzu kommt, dass sich die ausländischen Mitbürger ohne Wenn und Aber zu unserem Staat mit seiner Gesellschafts-, Verfassungs- und Werteordnung bekennen müssen. Das Respektieren unserer politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen ist unerlässlich. (...)

Die deutsche Leitkultur muss bei unseren ausländischen Mitbürgern entsprechende Akzeptanz finden. (...) Echte Integration ist im Übrigen nur möglich, wenn die Zahl der zu Integrierenden begrenzt ist. Keine Gesellschaft kann schrankenlos andere Kulturen aufnehmen.“

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zu Leitkultur und Integration

Auszüge aus der Rede auf dem CSU-Parteitag am 20. November 2004: „Das Modell einer multikulturellen Gesellschaft ist höchst fragil und labil. Der Schleier über der Multi-Kulti-Gesellschaft lüftet sich. Dahinter kommt etwas zum Vorschein, das hart, kalt und grausam ist. (...) Wir müssen nüchtern und ohne Beschönigung feststellen: Es hat sich vielfach kein wirkliches Miteinander entwickelt. Es gibt mehr ein Nebeneinander, ja Parallelwelten. Es sind zum Teil Parallelgesellschaften entstanden, die integrationsunwillig sind. (...) Auch die Muslime müssen auf uns zugehen. Und dieser Dialog muss von einem festen Wertefundament aus geführt werden. (...) Deshalb halte ich überhaupt nichts von der Einführung eines muslimischen Feiertags. Nationale oder christliche Feiertage abschaffen und islamische einführen wollen, so weit kommt es noch in unserem Land! Das wäre nicht Toleranz, nicht Integration, sondern die Aufgabe unserer kulturellen Wurzeln. Das werden wir verhindern. Unser Land ist seit 1500 Jahren vom Christentum geprägt und nicht vom Islam.

Wir müssen noch deutlicher als bisher sagen, was Integration bedeutet. Und wir müssen sie auch einfordern! Entscheidend neben der Sprache ist vor allem die Anerkennung unserer Werteordnung, unserer Rechtsordnung, unserer Prinzipien des Zusammenlebens, die Anerkennung der Trennung von Staat und Religion, die Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau und jener Werte, die zu Recht universell genannt werden.

Entscheidend ist also das Bekenntnis zu unserer Wertekultur, zu Deutschland. Wir fordern Respekt und Achtung vor unserem Grundgesetz. Wer dazu nicht bereit ist, der muss sich fragen lassen, warum er dann ausgerechnet in unserem Land leben will. (...)

Die CSU stand stets für die Wahrung des christlichen Menschenbildes, für nationale Identität und für die Wahrung deutscher Interessen.

Traditionelle Werte, nationale Identität, Zusammenhalt und Bindungen machen ein Volk stabiler, selbstbewusster, krisenfester gegen Gefährdungen. Das spüren die Menschen im rauen Wind der Globalisierung und der Bedrohungen durch Terror und religiösen Fanatismus. Die Suche nach Orientierung, nach Zukunftssicherheit nicht nur im Ökonomischen, sondern auch im Wertefundament der Nation nimmt zu.

Unser Volk ist eine Schicksalsgemeinschaft. Diese Gemeinschaft ist entstanden aus einer gemeinsamen Geschichte im Schlechten wie im Guten, gemeinsamer Sprache und Kultur, gemeinsamen Traditionen und gemeinsamer christlicher Religion. Alles zusammen ist Teil unseres geistig kulturellen Wurzelgeflechts.“

Leitkultur als Wertekonsens

Bassam Tibi, Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen, zur Bilanz einer missglückten deutschen Debatte in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2001: „Meine These einer Leitkultur wird bei der Diskussion hierzulande von dem Gedanken geleitet, dass Einwanderer durchaus eine Chance für die Deutschen sein können. Wenn Deutsche erkennen, dass ein demokratisch stabiles und funktionsfähiges Gemeinwesen sich nicht in einem Land entfalten kann, welches sich seine eigene Identität verbietet und durch zunehmende Migration ohne Leitkultur zu einem multikulturellen, d.h. wertebeliebigen – im Gegensatz zu kulturell vielfältigem – Siedlungsgebiet zerfällt, werden sie einsehen, dass eine Leitkultur im Sinne eines Wertekonsenses als Klammer zwischen ihnen und den Migranten benötigt wird. Es ist nun an der Zeit, diese Debatte ernsthaft zu führen und hierbei zwischen demokratischen und undemokratischen Werten und nicht etwa zwischen „Sauerkraut“ und „Knoblauch“ zu unterscheiden. (...)

Bei meinem Konzept von Leitkultur geht es mir jedoch darum, eine wildwüchsige *Zuwanderung* in eine an den Bedürfnissen des Landes orientierte *Einwanderung* zu verwandeln (...). Innerer und sozialer Frieden bedürfen eines Einverständnisses über Gemeinsamkeiten. Diese nenne ich *Leitkultur*. (...)

Mit dieser Bestimmung des Begriffs der Leitkultur wird aber auch deutlich, dass ein wertebeliebiger Multikulturalismus für mich nicht als Alternative in Betracht zu ziehen ist. Zivilisatorische Selbstverleugnung mag gut gemeint sein, ist aber keine Lösung, ebenso wenig wie ethnisch-religiöse Parallelgesellschaften die Alternative zu einer ausschließlich ethnischen Nation sein können. Pluralismus entspricht gerade nicht dem Prinzip des „anything goes“, das Europa im Zeitalter der Migration und einer kulturell zunehmend vielfältigen Bevölkerung in Konflikt stürzen würde“.

Zur demokratischen Leitkultur gehört insbesondere: keine Toleranz der Intoleranz.

Auszug aus der Rede zum Unions-Antrag „Politischen Islamismus bekämpfen – Verfassungstreue Muslime unterstützen“ vom 2.12.2004 (Kristina Köhler): „Für die CDU/CSU möchte ich ein für alle Mal klarstellen, wo unsere Trennlinie liegt. Sie liegt nicht zwischen Christen und Muslimen, sondern sie liegt zwischen denen – das können Christen und Muslime sein –, die unsere grundlegenden Normen anerkennen und auf dem Boden unserer Verfassung stehen, und denen, die Intoleranz und Unterdrückung predigen und die unsere Verfassung zerstören wollen. Es geht nicht um eine Auseinandersetzung der Religionen, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Unterdrückung.

An dieser Stelle bin ich nicht zu einem Dialog bereit. Ich weiß, dass unter dem Begriff „Dialog der Kulturen“ viel Gutes geschieht. Aber ich bin nicht bereit, über Demokratie und Menschenrechte zu verhandeln.

Die Beachtung der Menschenrechte ist eine Mindestanforderung an jeden, der in unserem Land leben möchte. Über diese Mindestanforderungen müssen wir an dieser Stelle sprechen.

Damit sind wir bei der demokratischen Leitkultur.

Ich weiß, dass viele von Ihnen diesen Begriff nicht mögen. Ich habe aber, ehrlich gesagt, von Ihnen noch keinen besseren Vorschlag gehört.

Unbestritten ist doch, dass eine funktionierende Gesellschaft einen Kern an gemeinsamen Normen und Werten benötigt.

Durch diese wird die Gemeinschaft begründet, erhalten und weiterentwickelt. Dazu gehört nicht nur, die Werte unserer Verfassung anzuerkennen, sondern beispielsweise auch – Sie wollten ja Beispiele hören –, dass eine gewisse Kenntnis über die Geschichte unseres Landes vorhanden ist.

Denn wer in Deutschland leben will, muss auch willens sein, die Lehren anzuerkennen, die wir aus unserer Geschichte gezogen haben.

Wer nämlich die demokratische Leitkultur anerkennt, der wird nicht über eine „zionistische Weltverschwörung“ räsonieren. Zur demokratischen Leitkultur gehört insbesondere: keine Toleranz der Intoleranz.“

Deutschlandlied nach dem Examen

Spiegel Online vom 3. Dezember 2004: Führende Unionspolitiker überschlagen sich derzeit mit patriotischen Forderungen: CDU-Vize-Chef Christian Wulff fordert eine Eidspflicht für Neu-Bürger (...).

Am weitesten geht der rheinland-pfälzische Oppositionsführer Böhr, der bei offiziellen Schulveranstaltungen das Deutschlandlied singen lassen will. „Warum sollte eine Abitur- oder Examensfeier oder auch ein Festakt in einer Kommune nicht mit der Nationalhymne schließen?“, fragte er in der Tageszeitung „Die Welt“. Über Jahrzehnte sei der deutschen Bevölkerung seitens der deutschen Linken förmlich untersagt worden, Nationalstolz zu entwickeln. „Jemand, der von sich sagt, er sei stolz, ein Deutscher zu sein, wurde als Rechtsradikaler abgestempelt.“ Integration, so Böhr, könne nicht funktionieren, wenn immer weniger Deutsche wüssten, was ihre Kultur- und Wertegemeinschaft ausmache.

Die Notwendigkeit einer Leitkultur

Auszüge aus der Rede von EU-Kommissar Frits Bolkestein an der Humboldt-Universität Berlin vom 18.10.2004: „Der Aufbau einer Europäischen Union mit 35 oder mehr Mitgliedstaaten macht die Idee einer europäischen Föderation zum Mythos und führt letzten Endes zu einer Vielvölkerunion von Nationalstaaten. Deutschland ist einer der wichtigsten Nationalstaaten und hat Mühe, als solcher aufzutreten. Sobald von Identität und Kultur die Rede ist, verlieren viele Deutsche ihre Selbstsicherheit und gehen in die Defensive. Gerade das macht Deutschland momentan verletzlich. Dieser Mangel an kulturellem Selbstverständnis kam deutlich zum Vorschein, als der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten im Bundestag, Friedrich Merz, im Jahr 2000 den Begriff der deutschen Leitkultur in den Mund nahm. (...)

Ich bin ein Gegner des Kulturrelativismus, auf den sich die Befürworter der multi-kulturellen Gesellschaft immer wieder berufen, um die Verletzung grundlegender Werte

der christlichen, jüdischen und humanistischen Zivilisation zu rechtfertigen. Grundlegende Werte sind beispielsweise die bürgerlichen Freiheiten, die körperliche Unversehrtheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder die Trennung von Kirche und Staat. Stoßen diese europäischen Werte auf die Grundsätze einer anderen Kultur, so haben die europäischen Werte Vorrang. Kurzum: Frauenbeschneidung, Vielehe und Leibesstrafen dürfen nicht geduldet werden.

Ein europäisches Land muss den Vorrang dieser grundlegenden Werte durchsetzen und darf nicht zulassen, dass eine Duldungszone entsteht, in der die andere Kultur ihre eigenen Praktiken fortsetzen kann. Steht eine Regel der Scharia im Widerspruch zur deutschen Leitkultur, so hat letztere Vorrang. Dafür braucht sich Deutschland nicht zu rechtfertigen. (...) Nur selbstbewusste Kulturen können Menschen aus nicht-westlichen Kulturen integrieren. (...) Die Debatte über die Leitkultur ist in ihrem Wesen eine Debatte über die Kernwerte, die das Bindemittel unserer Gesellschaft bilden. Wie können wir einen Dialog mit anderen Kulturen aufnehmen, wenn wir nicht imstande sind, für unsere eigene Kultur einzutreten? Wie können wir andere verstehen, wenn wir selbst nicht mehr wissen, wer wir sind. Deutschland hat eine reiche Kultur und ist die größte Nation im Herzen Europas. Europa braucht in seiner Mitte eine selbstbewusste deutsche Kultur, eine einladende, werbende und integrierende Kultur. (...) Die deutsche Kultur hat Neuankömmlingen aus anderen Kulturen viel zu bieten.“

Kontroverse Positionen II: Vielfalt der Kulturen

Toleranz und Integrationsbereitschaft fördern und fordern

Auszüge aus der Laudatio von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei einer Preisverleihung an den ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau im Jüdischen Museum in Berlin am 20. November 2004 (Quelle: AG Friedensforschung an der Uni Kassel): Toleranz ist ein universeller Wert der Demokratie und der Aufklärung. Sie ist die Basis für das Zusammenleben verschiedener Kulturen sowohl in Deutschland als auch in der ganzen Welt: Einen Kampf der Kulturen darf und wird es nicht geben. Die Bundesregierung duldet in Deutschland weder Fremdenfeindlichkeit, noch rechtsfreie Räume oder Parallelgesellschaften, sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder bei einer Preisverleihung im Jüdischen Museum in Berlin.

Die Basis von Zivilisation, so Schröder, ist der sorgsame Umgang miteinander, geprägt von Anstand und Achtung vor sich selbst und vor anderen. Dabei kommt der Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte, die Garantie von Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheiten elementare Bedeutung zu. Aber diese Werte müssen immer wieder aufs Neue errungen und verteidigt werden, und zwar nicht nur von der Politik oder der Polizei. Vielmehr betrifft diese Auseinandersetzung die ganze Gesellschaft.

Gefordert sind Bürgerinnen und Bürger, die nicht wegschauen, wenn Unrecht geschieht, die Zivilcourage im Alltag beweisen und die ihre Stimme erheben: „Nichts anderes war mit dem Begriff vom Aufstand der Anständigen gemeint“, betonte Schröder. Nach Schröders Worten haben die furchtbaren Ereignisse in den Niederlanden diese Werte zum Gegenstand einer notwendigen Debatte gemacht. Dabei hält der Bundeskanzler zwei Punkte für besonders wichtig:

- Durch derartige Verbrechen dürfen sich die Menschen nicht in einen Kampf der Kulturen drängen lassen. Es gibt keinen Bedarf an „Kreuzzügen“, wie auch immer sie motiviert sein mögen. Extremismus und Terrorismus sind Herausforderungen für jede Gesellschaft. Europa muss die Gedanken der Aufklärung als Leitlinien für die Politik verteidigen.
- Die vielen Muslime, die in Europa leben und leben wollen, dürfen nicht teilnahmslos beiseite stehen.

Die Vielfalt der Kulturen in unseren Gesellschaften sei eine Tatsache, die sich nicht zurückdrehen lässt, und die man auch nicht zurückdrehen wolle. Aber keine Kultur dürfe sich aus dem gesellschaftlichen Gefüge herauslösen, sagte Schröder.

Gedanken zur „Leitkultur“

Rede beim Neujahrsempfang des DGB Mittelbaden in Karlsruhe (Sabine Leidig):

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

ich habe mit der Einladung angekündigt, dass ich zum Thema Leitkultur sprechen werde – und ich setze dabei einen weiten Kulturbegriff voraus, der sich etwa so beschreiben lässt: Kultur ist, wie der Mensch lebt und arbeitet.

Im Grunde ist die Vorstellung von einer deutschen Leitkultur völlig unsinnig – als wenn jemand auf die Idee kommen könnte, Köchen, Musikern oder Pädagogen eine Leitküche, eine Leitmusik oder einen deutschen Leitmenschen vorzuschreiben.

Da packt uns das Erschrecken. Und das kommt ja nicht nur da her, dass man hier lebenden Ausländern eine deutsche Leitkultur aufzwingen will. Genauso schrecklich finde ich die Vorstellung, dass man sie uns allen aufzwingen könnte.

Immer wenn hierzulande versucht wurde, das typisch Deutsche in ein Leitbild zu pressen, wenn Schicksals- oder Volksgemeinschaften konstruiert und Widersprüchliches ausgeschaltet wurde, kam Entsetzliches zustande. Im Kaiserreich nicht anders als im faschistischen Deutschland. Und das ist auch der Grund, weshalb ich davon überzeugt bin, dass sich gerade die Gewerkschaften kritisch mit dem Begriff Leitkultur auseinandersetzen müssen. Nicht nur aus Solidarität mit den ausländischen Menschen in unserem Land, sondern auch aus Sorge um die eigene kulturelle Identität. In diesem Lande hat es schon immer verschiedene Kulturen gegeben. Schon deshalb, weil Deutschland eine nationalstaatliche Konstruktion ist, in die sehr unterschiedliche Regionen, kulturelle Traditionen und lokale Mentalitäten hineingezwungen wurden. Und wie überall, hat es auch immer eine Kultur des Oben und eine Kultur des Unten gegeben.“

Schröder warnt vor Patriotismus-Wettrennen

Hamburger Abendblatt vom 6. Dezember 2004: Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat sich am Wochenende gegen den Vorwurf der Union verwahrt, es fehle ihm an Patriotismus. Die CDU, die auf ihrem Parteitag heute die Debatte über Patriotismus forcieren will, warf Rot-Grün mangelnde Verbundenheit zur Nation vor.

„Wir sollten kein Wettrennen beginnen ‚Wer liebt sein Land mehr?‘“ warnte der Kanzler in der „Welt“. „Ich liebe meine Familie.“ Patriotismus sei das, was er an täglicher Arbeit für Deutschland tue. Die von der Union angestoßene Debatte sehe er mit großer Gelassenheit. Er wolle mit all seinem Handeln dafür sorgen, dass Deutschland nach vorne komme. „Das ist patriotisch, auch wenn es zu unrecht manchmal als Ökonomismus kritisiert wird“, sagte Schröder.

Leitkultur = Lightkultur = Leidkultur

Pressemitteilung 30/2004 der GRÜNEN JUGEND Rheinland-Pfalz: Zur Patriotismusdebatte der CDU erklärt Daniel Köbler (Mainz), Sprecher der GRÜNEN JUGEND RLP:

„Wer von einer Leitkultur faselt, verkennt, dass gerade die kulturelle Vielfalt die Gesellschaft lebendig macht und diese voran bringt. Wichtig sind dabei das Kennen, der Respekt und der Dialog der Menschen verschiedener kultureller Hintergründe untereinander. Es geht nur gemeinsam und auf Augenhöhe. Eine Kultur zu einer Leitkultur zu erheben impliziert eine Überlegenheit einer Kultur über eine andere, konterkariert den Dialogprozess und letztlich den Grundsatz der Freiheit in Gleichheit.“ Die GRÜNE JUGEND RLP fordert deshalb die CDU auf, sich endlich zur Interkulturalität der Gesellschaft zu bekennen.

„Letztlich dient diese dumpfe Patriotismusdebatte der CDU doch nur dem Fischen von WählerInnenstimmen am rechten Rand.“, ergänzt Köbler. „Dies geschieht auf dem Rücken von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund und birgt enormen sozialen Sprengstoff.“

Solidarität statt Leitkultur!

PDS in Rostock vom 22. November 2004 (Anne Koburger): Zur Debatte über die so genannte deutsche Leitkultur und die Integration von Zuwandernden in diese Leitkultur erklärt die Fraktionsvorsitzende Anne Koburger: „Die neu aufgeflammete Debatte der Unionsparteien um eine vermeintliche deutsche Leitkultur ist die falsche Antwort auf die gesellschaftliche Herausforderung, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Weltanschauungen zu organisieren.

Zwang zur Anpassung ist das Gegenteil von Integration. Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der von Einwandernden genauso viel Offenheit und Bereitschaft verlangt wie von den Aufnehmenden.

Grundlage von Zusammenleben und Integration ist das Grundgesetz und die darin festgeschriebenen Grund- und Freiheitsrechte. Wir brauchen eine Debatte über die Gestaltung und Organisation dieser faktisch längst multikulturellen Gesellschaften und die wachsende Ausgrenzung von immer mehr Menschen deutscher und nichtdeutscher Herkunft von gesellschaftlicher Teilhabe unter anderem durch die rot-grüne Abbruchpolitik der Agenda 2010.

Leitmotiv dieser Debatte muss die Solidarität in der Gesellschaft sein.“

Patriotismus als Attitüde

Auszüge aus einem Gespräch der Rheinischen Post mit dem Grünen-Vorsitzenden Reinhard Bütikofer vom 8. Dezember 2004 über den Rückgriff der Union auf Patriotismus und Leitkultur:

Rheinische Post: Herr Bütikofer, lieben Sie Deutschland?

Bütikofer: Ich liebe die Freiheit.

RP: Beim CDU-Parteitag ging es gerade darum, dass man aus Liebe zum Land viele Dinge machen kann.

Bütikofer: Ich glaube nicht, dass es bei der Union darum ging. Da ging es darum, eine Attitüde zu suchen, mit der man über die Unzulänglichkeiten der eigenen Politik hinwegtäuschen kann. Es geht der Union darum, sich in eine Fahne einzuhüllen, damit niemand darauf achtet, was ihr politisches Angebot ist.

RP: Angela Merkel sagte auch, Reformen seien gut für unser Land, deshalb seien diejenigen, die Reformen durchsetzen, Patrioten, ähnlich hat sich der Kanzler ausgedrückt.

Bütikofer: Dazu hat Kanzler Schröder mehr Recht als Frau Merkel. Denn wenn Reformen gut und der Maßstab des Patriotismus sind, dann ist Frau Merkel eine schlechte Patriotin. Bei dem, was sie zuletzt mit der CSU in Sachen Kopfpauschale ausgehandelt hat, hat sich ihre Unfähigkeit zu vernünftigen Reformen erwiesen. Was ist eigentlich patriotisch an einer Partei, die Heimat für wichtig hält und die – wie Roland Koch – den Bürgerinnen und Bürgern die rechtlichen Instrumente aus der Hand schlagen will, mit denen sie ihre Heimat schützen können gegen Verwaltungen und gegen geplante Großprojekte? Und wie patriotisch ist es, dass die Union versucht, Zuwanderer auszugrenzen, die wir für unser Land – nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen – dringend brauchen?

RP: Bei der CDU war auch von Leitkultur die Rede. Was verstehen Sie unter deutscher oder auch europäischer Leitkultur?

Bütikofer: Gar nichts. Mir scheint, dieser Begriff ist auch nicht zum Verstehen gemacht. Der herrische Begriff „Leitkultur“ ist so etwas wie bei Wilhelm Tell der Gessler-Hut, vor dem man sich verneigen soll, um die richtige Gesinnung zu demonstrieren. Es ist ein Begriff des Teilens, der Ausgrenzung. Deswegen halte ich den Begriff für völlig ungeeignet.

RP: In der Schlussphase des letzten Wahlkampfes warb die SPD mit der „Friedensmacht“, darunter verstand man eine Art „linken Patriotismus“. Können Sie das nachvollziehen, sich damit anfreunden?

Bütikofer: Wir haben als Grüne immer deutlich gemacht, dass wir die Rolle Deutschlands aus seiner Geschichte heraus eingebunden sehen im europäischen Zusammenhang. Für uns gibt es keinen deutschen Weg, weder einen rechten, noch einen linken, noch sonst einen. Sondern für uns steht im Zentrum die gemeinsame Anstrengung der Europäer und die Partnerschaft mit den Demokratien in der Welt.

RP: Also einen „grünen Patriotismus“ könnte es gar nicht geben?

Bütikofer: Diese Patriotismus-Debatte droht von der Union so verhunzt zu werden, wie sie schon die Reform-Debatte verhunzt hat, womit sie das Wort für viele Menschen eher zum Unwort gemacht hat. Das Wort Patriotismus im Munde zu führen, um es für eine umstrittene Politik auszunutzen, das schadet der Demokratie. Patriotismus gehört nicht einer Partei. Wer in Deutschland über Patriotismus reden will, darf von der deutschen Vergangenheit nicht schweigen. Und nicht von der Europäischen Perspektive“.